Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pfennig, darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Briefniederlegungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 71. | Dresden, Donnerstag den 27. März 1919. | 30. Jahrg.

Lenins Warnung an Ungarn.

Lenins Funkspruch.

Wien, 26. März. Lenin hat an Bela Kun einen Funkspruch gerichtet, in dem es heißt: Bitte mitzuteilen, welche tatsächlichen Bürgschaften Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, d. h. sozialverräterisch, ist. Es ist ganz sicher, daß die Folge der eigenartigen Verhältnisse der ungarischen Revolution die einfache Nachahmung unsrer russischen Taktik in ihren Einzelheiten nicht empfehlenswert macht. Vor diesem Fehler muß ich warnen.

Was geht in Galizien vor?

Die heutigen Morgenblätter brachten einen Funkspruch der russischen Sowjetregierung, nach dem sich Galizien in voller revolutionärer Bewegung befinde. Dazu meldet ein Telegramm des Korrespondenz-Bureaus aus Wien: Aus den bisher vorliegenden Telegrammen aus Stryi und Stanislau vom 24. März ist zu schließen, daß die von der Moskauer Sowjetregierung durch Funkspruch verbreitete Nachricht von einem bolschewistischen Aufstand in Galizien nicht auf Wahrheit beruht.

Es bleibt abzuwarten, welche Nachricht nun die wirklich richtige ist.

Scheidemanns Appell.

Mittelstandsschmerzen in Weimar und in der Sächsischen Volkskammer.

Ein flammender Protest gegen die Vergewaltigungsabsichten unsrer Gegner war die Rede, die Genosse Scheidemann gestern in der Nationalversammlung in Weimar hielt. Gegen die wahnsinnigen Eroberungspläne siegestrunkener Ententemänner appellierte er an das Gewissen der Menschheit. Scheidemann kann sicher sein, daß er den Beifall fast aller Volksgenossen findet. Wir wollen nicht, daß Millionen Deutsche unter die Herrschaft fremder Nationen kommen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das nach den Verkündigungen Wilsons für die Gestaltung der Landesgrenzen in Zukunft maßgebend sein soll, muß auch dem deutschen Volke gegenüber gewahrt werden.

In den haßerfüllten Ausbrüchen der gegnerischen Presse kommt immer wieder der Gedanke zum Ausdruck, daß das deutsche Volk für seine Schuld an dem Kriege bestraft werden müsse. Aber selbst wenn die Leute, die die Geschicke Deutschlands im Jahre 1914 leiteten, wirklich allein am Ausbruch des Weltkriegs schuld gewesen wären, wäre es billig, daß das deutsche Volk jahrzehntelang dafür büßen müßte? Es ist ein Rückfall in die Gedankenwelt barbarischer Zeiten, wenn Angehörige von Nationen, die den Anspruch erheben, Bannerträger der Kultur zu sein, wollen, daß auch die kommenden Generationen des deutschen Volkes noch jahrzehntelang für die Sünden von 1914 Strafe erdulden sollen.

Wir wollen auch gewiß nicht bestreiten, daß die früheren Herren Deutschlands einen großen Teil der Schuld am Kriege tragen. Zwar haben weder die leitenden Staatsmänner Deutschlands noch Wilhelm II. auf einen Krieg hingearbeitet. Aber die Unterdrückungspolitik, die in Deutschland gegenüber einem Teil des eignen Volkes, gegen Sozialdemokraten, Polen, Dänen, getrieben wurde, mußte das Mißtrauen der Welt gegen unser Land hervorrufen; und die unsinnigen Hetzereien unsrer alldeutschen Phrasenhelden, die großmäuligen Reden Wilhelms II., das törichte Gebaren seines Sohnes haben sicher nicht wenig dazu beigetragen, eine Deutschland feindliche Stimmung bei den übrigen Völkern zu schaffen.

Zu unserm Unglück hat sich dann in den entscheidenden Wochen des Sommers 1914 der militärische Einfluß auf unsre Politik verhängnisvoll erwiesen. Ihm haben wir es zu verdanken, daß in den entscheidenden Wochen nicht ruhige Ueberlegung, sondern der Geist echt preußischer Schneidigkeit die Politik Deutschlands gelenkt hat. Daß die deutschen Staatslenker nicht sofort von dem verhängnisvollen Ultimatum Oesterreichs an Serbien abrückten, war ein Verbrechen gegen das eigne Volk, ein Verbrechen gegen die Menschheit. Das hat die sozialdemokratische Presse schon im Jahre 1914 klar genug gesagt.

Aber so schwer die Sünden der Herren Deutschlands auch gewesen sein mögen, deswegen sind die Staatsmänner und Politiker der fremden Völker nicht **unschuldsvolle Engel. Auch in andern Ländern ist chauvinistisch gehetzt worden, und die Staatsmänner der Entente haben eine Einkreisungspolitik getrieben, von der sie sich hätten sagen müssen, daß sie gar zu leicht zu einem Kriege führen kann. Wenn es so klar wäre, daß allein Deutschland die Schuld an dem Kriege trüge, warum hat da die englische Regierung den deutschen Vorschlag nicht angenommen, eine internationale Kommission zur Feststellung der Schuld an dem Kriege einzusetzen? Auch die englischen Staatsmänner sind sich wahrscheinlich darüber klar, daß eine wirklich unparteiische Prüfung der Schuldfrage auch an den Sünden der Ententestaatsmänner nicht vorüber gehen könnte.**

Uebrigens würde eine solche Kommission ja immer nur zu der Feststellung der Vergehen der deutschen Staatsmänner und Generale kommen, nie könnte ihr Urteil eine Vergewaltigung des deutschen Volkes rechtfertigen. Vielleicht kann man dem deutschen Volke einen Vorwurf daraus machen, daß es seinen Staatsmännern nicht besser auf die Finger gesehen hat; aber wo in der Welt ist das Volk, dem man nicht vorwurfsvoll sagen könnte: du hättest das Tun und Treiben deiner Staatslenker besser überwachen müssen.

Der großzügigen Rede Scheidemanns folgte in Weimar eine ziemlich unbedeutende Debatte, in der die Vertreter verschiedener bürgerlicher Parteien allerhand Mittelstandsschmerzen vorbrachten. Auch in der sächsischen Kammer sind in den letzten Tagen Mittelstandsfragen besprochen worden. Dabei hat Genosse Schwarz den Standpunkt vertreten, den unsre Partei in der Mittelstandsfrage einnimmt. Durch den Krieg sind sehr viele Mittelstandsexistenzen zerbrochen worden, und von den bürgerlichen Parteien wird nun stürmisch verlangt, daß der Staat dazu helfe, dem Mittelstande wieder seine frühere Stellung im Wirtschaftsleben zu geben. Die Sozialdemokratie hat stets, wenn Mittelstandsfragen erörtert wurden, darauf hingewiesen, daß es vor allem der kapitalistische Großbetrieb sei, der das Gebiet, auf dem für kleine, selbständige Existenzen Raum ist, immer mehr einschränkt. Sie hat es immer abgelehnt, den Mittelstand mit künstlichen Hilfsmitteln zu „erhalten". Jetzt, nach den ungeheuren Verlusten des Krieges, kommt es vor allem darauf an, daß überall so wirtschaftlich wie möglich gearbeitet wird.

Es muß im Interesse unsrer Volkswirtschaft vermieden werden, daß die Produktion von Gütern, die in einem mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik arbeitenden Betrieb in einer Stunde hergestellt werden können, rückständigen Betrieben überlassen wird, die vielleicht zwei Stunden Arbeit dazu brauchen. Die künstliche Erhaltung rückständiger Betriebe wäre nicht nur ein schwerer wirtschaftlicher Fehler, sondern eine Grausamkeit gegen die unglücklichen Menschen, die die Inhaber solcher Betriebe sind. Gewiß mag es dem kleinen Meister oder Geschäftsinhaber hart ankommen, wenn er sieht, daß er sein Geschäft nicht mehr aufrechterhalten kann, aber viele der Angehörigen des Mittelstandes führen doch, weil sie einen wirtschaftlichen Todeskampf kämpfen, ein elendes Dasein. Um ein geringes Einkommen zu erzielen, müssen sie vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein arbeiten und kommen doch aus den schwersten Nöten und Sorgen nicht heraus.

Die Umgestaltung unsres Wirtschaftslebens wird dazu führen, daß in Zukunft die Lage der Arbeiter besser sein wird als früher, wenn auch in den nächsten Jahren die Arbeiter wie alle andern Glieder unsres Volkes noch lange schwer unter den Lasten zu leiden haben werden, die der Krieg uns auferlegt hat. Würde es nicht für viele der heute noch vorhandenen kleinen Meister und Gewerbtreibenden geradezu eine Erlösung bedeuten, wenn sie ihre gegenwärtige Existenz mit einem Posten in einem Großbetriebe vertauschen könnten, in dem sie bei begrenzter Arbeitszeit einen auskömmlichen Lohn erhalten? Nichts wäre törichter, als wenn wir uns jetzt, nur um kleine selbständige Existenzen zu erhalten oder gar wieder aufzurichten, zäh an altüberlieferte, aber durch die moderne Entwicklung überholte Wirtschaftsformen festklammerten. Soll das deutsche Volk wieder in die Höhe kommen, so dürfen wir nicht Rückständiges künstlich erhalten, sondern wir brauchen einen großzügigen Neuaufbau und Umbau unsrer Volkswirtschaft, wie ihn der Sozialismus erstrebt.

•

Abfuhr.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

General Ludendorff, der dreisteste aller Hasardspieler des Weltkrieges, spaziert mit abrasiertem Bart in Berlin umher und läßt sich samt Frau und Sohn, vergnügt lächelnd, für Scherls Woche photographieren. Sonntag den 23. März finden in Berlin ein paar Versammlungen statt, in denen gegen die Annexionsbestrebungen der Entente Front gemacht wird. Nach den Versammlungen geht ein Haufen Jünglinge zum sogenannten **nationalen Bund der Offiziere** auf die Straße, schwingt schwarz-weiß-rote Fahnen, grölt: „Heil dir im Siegerkranz" und bringt auf den holländischen Wilhelm II. ein Hoch nach dem andern aus. Der Zug wird angeführt von dem berüchtigten Antisemiten Bredereck, der einst Rechtsanwalt in Berlin war, gewaltige Betrügereien beging, nach Südamerika floh, 1915 zurückkehrte, sich als Kriegsfreiwilliger meldete und für gut genug befunden wurde, Offizier im deutschen Heere zu sein. Von diesem Ehrenmann also geführt, marschieren jene bis zur Wilhelmstraße, wo Ludendorff sich geschmackvoll Huldigungen darbringen läßt dafür, daß er den größten aller Kriege verloren hat.

Den vor Erregung bebenden Mitgliedern der Nationalversammlung trug Scheidemann dies am Mittwoch in einer seiner verhaltensten Reden vor, und er machte gegenüber den tobenden Deutschnationalen kein Hehl daraus, daß die Unternehmung jener Herrschaften stark an Landesverrat grenzt, weil die Entente angesichts solcher Unterfrorenheit zu dem Glauben verleitet werden kann, in Deutschland herrsche wiederum und immer noch das vergangene Hohenzollernhaus und sein nicht minder verhaßter Anhang.

Und dann der gewaltige Knalleffekt, mit dem Scheidemann unter brausenden Beifallskundgebungen schloß: als Ludendorff nach Deutschland zurückkehrte, hat er selber verlangt, man möge ihn vor einen Staatsgerichtshof stellen. Dem Manne kann geholfen werden! In den nächsten Tagen wird die Reichsregierung einen Entwurf herausbringen, nach dessen Gesetzwerdung die Ludendorff und Konsorten endlich ihr wohlverdientes und längst ersehntes unparteiisches Gericht bekommen sollen.

•

Die abgelehnte Untersuchungskommission.

Berlin, 26. März. Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Unter dem Datum des 7. März teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe:

Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unmöglich sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist.

Die deutsche Regierung hat in einer Note, die der Schweizer Regierung übergeben wurde, gegen das Verhalten Englands Verwahrung eingelegt. Deutschland könne einen Urteilsspruch nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgehe, der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Oeffentlichkeit zu erheben.

Die Aktion gegen Ungarn.

Aus dem Haag wird gemeldet: Pariser Blättern zufolge haben die Verbündeten nunmehr beschlossen, in Ungarn mit bewaffneter Hand einzugreifen. Auch das Amsterdamer Handelsblad erfährt aus Paris, daß man dort anscheinend noch an dem Beschluß, eine Aktion gegen die ungarischen Bolschewisten zu unternehmen, festhalte. Die Truppen seien verfügbar und eine Aktion gegen Ungarn würde wahrscheinlich nicht den Widerstand französischer Kreise finden, den diese bei früheren Aktionen gegen Rußland entgegengestellt hätten. In Marseille herrscht nach diesen Meldungen lebhafte Tätigkeit, da von dort aus die Truppen verschickt werden sollen. General Mangin ist zum Oberkommandierenden der Armee gegen Ungarn ernannt worden. Nach der Information sollen bereits die Italiener Preßburg besetzt haben und im Begriffe sein, die Bahnlinie nach Budapest zu besetzen. Auch in Stuhlweißenburg soll eine italienische Abordnung eingerückt sein. In Raab werden italienische Truppen erwartet.

Nach einer Londoner Meldung fahren britische Kanonenboote die Donau nach Budapest hinauf, weil dort geschossen wird und Straßenkämpfe stattfinden. Demgegenüber meldet das ungarische Telegr.-Korr.-Bureau offiziell, daß Ruhe und Ordnung in Budapest herrschen. Alle diese Meldungen bedürfen noch der Bestätigung.

In der Ententepresse klingt noch die Bestürzung über die Ereignisse in Ungarn fort, von der, wie die Action française schreibt, auch die Friedenskonferenz ergriffen worden sei. Daily Telegraph deutet die Wirkung der Vorgänge in Ungarn auf die Pariser Verhandlungen kriegerisch. Er meint, die Staatsmänner, die jetzt täglich in Wilsons Wohnung zusammenkämen, seien letzten Endes ein Kriegsrat. Temps aber mahnt die Pariser Konferenz zur Eile, denn es wäre schrecklich, wenn nach einigen Wochen des Siegesrausches den Alliierten Ost- und Mitteleuropa mit dem rachsüchtigen Deutschland an der Spitze gegenüberstände.

•

Ungarns Vertreter in Wien.

Wien, 26. März. Als Vertreter der ungarischen Räteregierung in Deutschösterreich sind Dr. Belgar und Fenyes in Wien eingetroffen und haben dem Staatssekretär des Aeußern Dr. Bauer ihren Antrittsbesuch gemacht.

Lebensmittel für Dresden?

Nach einer Meldung der B. Z. am Mittag aus Hamburg ist dort der Dampfer Tannenberg **mit 15000 Kisten Fischkonserven aus Norwegen angekommen.** Ferner **trifft der Dampfer Cressida mit 13000 Fässern Heringen ein, die in Kähnen nach Dresden** verladen werden, und der Dampfer Hermia mit 15000 Kisten und Fässern Fischkonserven **und Heringen,** die für Breslau bestimmt sind.

Wie die B. Z. von gutunterrichteter englischer Seite erfahren haben will, trifft demnächst eine größere Studienkommission englischer Parlamentarier aller Parteien in Deutschland ein, um ein Bild von den hiesigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu gewinnen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190327/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG